

Pro & Contra

Zahlen sich die Bauernproteste für die ländlichen Räume aus?

Pro

Ja, auf jeden Fall: Durch die Bauernproteste wurde Landwirtschaft wieder sichtbar in der Mitte der Gesellschaft. Durch den erstmaligen Schulterschluss von Berufsverbänden aus Güter- und Logistikverkehr, Gastronomie, Handwerk und des Mittelstands waren deutschlandweit bis zu 200.000 Teilnehmern und 100.000 Fahrzeuge auf den Straßen unterwegs. Das Thema Landwirtschaft bestimmte das erste Mal seit Jahrzehnten über Wochen hinweg die Schlagzeilen in Funk, Print und TV.



Holger Hennies (© Landvolk Hannover)

Umfragen ergeben, dass Rückhalt und Sympathie seitens der Bevölkerung besonders groß waren und immer noch sind. **Wir haben es mit unseren Protesten geschafft, die Bevölkerung für die Probleme der Landwirtschaft zu sensibilisieren. Die Politik hat ernsthaft begonnen, die Themen rund um die Belastungen des ländlichen Raums mit uns statt über uns zu diskutieren. Die Bauernproteste haben sich nachhaltig bei der Politik verfangen, bei politischen Entscheidungen wird scheinbar einmal mehr über deren Tragweite nachgedacht.**

Die Erfolge der Bauernproteste sollten daher nicht kleingeredet werden: Auf EU-Ebene haben wir mit dem Zurückziehen der Pflanzenschutzmittel-Reduktionsverordnung der Kommission (SUR), der Abschwächung des Renaturierungsgesetzes und der Abschaffung der vierprozentigen Flächenstilllegung von Ackerflächen eine massive Belastung der Landwirtschaft verhindert.

Die Bauernproteste waren auch in Deutschland und Niedersachsen für die Landwirte und den ländlichen Raum erfolgreich: Die KfZ-Besteuerung, die Versicherungspflicht für Gabelstapler oder Mähdrescher und die Duldungspflicht für Leitungen im Rahmen des Solarpakets 1 wurden verhindert. **Die Umsatzsteuerabsenkung für kleine Betriebe wurde aufgeschoben, die Höfeordnung wird nach unseren Vorschlägen neugestaltet, unsere Forderung nach einer Ausgleichszahlung in benachteiligten Gebieten wird 2024 in Niedersachsen umgesetzt.** Die Wiedereinführung der Tarifglättung ist zugesagt, was vor allem – aufgrund stark schwankender Einkommen – für mittelgroße Betriebe wichtig ist. Die Agrardieselbeihilfe entfällt zwar erst 2026 vollständig, aber wir werden uns weiter dafür einsetzen, um die Wettbewerbsfähigkeit des ländlichen Raums gegenüber dem europäi-

schen Ausland aufrecht erhalten zu können. Das vorläufige Scheitern der Strombilanz im Bundesrat ermutigt uns, praxisnahe Lösungen vorzuschlagen.

Dr. Holger Hennies

Präsident Landvolk Niedersachsen

Contra



Rolf G. Heinze (© privat)

Die Bauernproteste von Ende 2023/Anfang 2024 haben eine breite Resonanz in den Medien erfahren und große Teile der Bevölkerung für Fragen der Landwirtschaft sensibilisiert. Sie hatten insofern eine neue Qualität, als dass sie alle Sparten der Landwirtschaft einbezogen und sich weitere Berufsgruppen im ländlichen Raum daran beteiligten. Die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Protestaktionen war hoch, ließ allerdings nach einigen »gefährlichen« Aktionen

(wie dem Abladen von Mist auf einer Autobahn oder anderen Straßenblockaden) nach. Auch manche rechtspopulistischen Parolen sorgten für Irritationen und so warnten politische Akteure die Bauern vor der Unterwanderung durch rechtsextremistische Parteien und Kräfte. Von den Vertretern des organisierten Landvolks wurde diese Gefahr des Trittbrettfahrens durch Rechtsextreme erkannt und dementsprechend bemühte man sich um Abgrenzung. Man sollte deshalb den Protest der Bauern als das Eintreten von selbstständigen Staatsbürgern für ihre ökonomischen Interessen sehen.

Es gibt leider keine empirischen Daten über die Motive der protestierenden Landwirte. Wir haben 2019/20 eine Studie durchgeführt, die deutlich die Unzufriedenheit bei den Bauern und zudem auch eine gewisse Parteienverdrossenheit aufzeigte. Allgemein lässt sich sagen: Vielen Bauern geht es ökonomisch derzeit besser als vor einigen Jahren, was in den Agrarberichten der Bundesregierung und regionalen Statistiken nachlesbar ist. Gleichzeitig ist die Zukunftsangst groß. Viele junge Landwirte sehen, dass ihre Zukunft ungewiss ist und viele ältere, dass ihre Kinder den Hof nicht weiterführen wollen. Ein zentraler Punkt für die Unzufriedenheit sind deshalb Verlustängste; vielen Bauern fehlt die gesellschaftliche Anerkennung und sie nehmen subjektiv Statusverluste wahr. Das Gefühl, abgehängt und zudem bürokratisch gegängelt zu werden, hat sich ausgebreitet, was zu Frust und Ressentiments gegenüber »denen da oben« führt. Viele fühlen sich mit ihren Problemen und Ängsten allein gelassen und von der Politik vergessen, was auch die Emotionalisierung der Konflikte erklärt, die manchmal Züge eines Kulturkampfs aus der Provinz gegen die Metropole trägt.

Dass die Bauernproteste gegen die Kürzungen der Agrarhilfen so eine Reichweite und Verbreitung erhalten würden, hatte zunächst offenbar niemand auf dem Radar. Das hängt damit zusammen, dass generell das Thema »Bauernproteste« weder in der Politik noch in der Wissenschaft adäquat beachtet wurde. Die Unzufriedenheit mit der etablierten Agrarpolitik war auch bei vielen landwirtschaftlichen Gruppen schon länger zu beobachten. Der Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe ist weitergegangen und wenn sich auch die Geschwindigkeit des Strukturwandels in den letzten Jahren abgeschwächt hat, setzen sich die Konzentrationsprozesse fort und verunsichern die verbliebenen Bauern – gerade in Zeiten multipler Krisen und grassierender Politikverdrossenheit.

Die Politik sollte mit den Bauern in einen umfassenden und direkten Dialog über eine gemeinwohlorientierte Landwirtschaft treten, die ein Industrieland beim fortschreitenden Wandel nach wie vor braucht: nachhaltig, klima- und tiergerecht und die Artenvielfalt erhaltend. Mit dem Leitbild einer nachhaltigen Landwirtschaft, wie sie etwa von der Zukunftskommission Landwirtschaft gefordert wurde, haben sich die Bauernproteste allerdings kaum beschäftigt, die kurzfristige ökonomische Betrachtungsweise stand im Vordergrund und hat auch Erfolge gebracht. Damit ist aber noch lange nicht dem gesamten ländlichen Raum gedient, denn intensive Landbewirtschaftung und Viehhaltung erzeugen auch negative Folgewirkungen für die Natur und das Klima, die bislang von den Protestierenden nicht aufgegriffen wurden. Diese Nichtthematisierung ist schon kritisch anzumerken, obwohl Regionalpolitiker (etwa im Emsland) darauf hingewiesen haben, dass eine intensive Landwirtschaft konträr zur Profilierung als Tourismusregion steht und dazu auch Zuwanderung (etwa von jungen Familien) abschwächen kann.

Gerade nach der Corona-Krise hat das Landleben einen Auftrieb bekommen. Manche sprechen von einer neuen Ländlichkeit. Allerdings gelingt eine Positiv-Erzählung nur an einzelnen Orten, während auf Bundesebene die Ausbalancierung der landwirtschaftlichen Interessen mit dem Allgemeininteresse in der Zukunftskommission zwar konzeptionell gefunden wurde, aber die neuen Allianzbildungen scheinen sich bei der Umsetzung konkreter Regulierungen (etwa im Tierschutz oder hinsichtlich der Umweltbelastungen der industrialisierten landwirtschaftlichen Produktion) schon wieder zu verflüchtigen. Insofern haben die Bauernproteste bislang primär den landwirtschaftlichen Produzenten geholfen, können aber dazu beitragen, die zentralen Fragen für eine nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume endlich öffentlich zu diskutieren.

